



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: Anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 14.06.2021, 17:02 Uhr bis 17:56 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

INFEKTIONSSCHUTZ:

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! Das Tragen einer medizinischen/FFP2 Maske ist vorgeschrieben!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ulrich Müller	Auf Vorschlag der SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Herr Werner Marx	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Michael Hock	Die PARTEI
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag der SPD
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag der CDU

Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Frau Evrum Evsin Kizilay	Auf Vorschlag der Linken
Herr Sascha Korinek	Auf Vorschlag von FDP
Frau Nicola Muskatewitz	Auf Vorschlag von Volt
Frau Karin Preugschat	Auf Vorschlag von GUT
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Elisa Braune	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Matthias Büschges	AfD
Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag der CDU
Herr Stefan-Lazar Mitu	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Deborah Timm	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
-------------------	---

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
1862/2021

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion betreffend: „Samstagstrauung an Ambiente-Orten“
1814/2021
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage betreffend: "Videoüberwachung am Ebertplatz"
1576/2021
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betreffend: "Beschaffung Hardware für Schulen und Stadtverwaltung (AN/1226/2021)"
2183/2021
- 3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend: "Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im Jahr 2020"
1974/2021
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0997/2021 der SPD-Fraktion "Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu"
1693/2021

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021
- 4.2 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud
1126/2021
 - 4.2.1 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 7. April 2021
1314/2021
 - 4.2.2 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 19. Mai 2021
1799/2021
- 4.3 Digitale Konferenz Interkulturelles Köln - Dokumentation der Veranstaltung vom 22.1.2021
1586/2021

4.4 Transparenzbericht 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und Innovationsplattform innovative-stadt.koeln
1329/2021

4.5 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu den Themen Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen
0691/2021

Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend "Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen"
1917/2021

4.6 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe"
1663/2021

4.7 Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln
1723/2021

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU betreffend "Wettbüros und Spielhallen"
AN/1327/2021

6.2 Anfrage der SPD betreffend "Sitzen statt parken: Höhenangleichung zur Herstellung der Barrierefreiheit"
AN/1341/2021

7 Mündliche Anfragen

- 7.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden betreffend "Sicherheitsvorkehrungen beim Ordnungsamt aufgrund der aktuellen pandemischen Lage"
- 7.2 Mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "aktuelle Situation am Kölnberg"
- 7.3 Mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Maskengebot an den ausgewiesenen Straßen"
- 7.4 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan"

8 Anträge

- 8.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Meldestelle für Coronaverstöße an Arbeitsstellen und Betrieben"
AN/1088/2021
- 8.2 Antrag der Fraktionen 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung"
AN/1371/2021

9 Platzvergaben

- 9.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
1605/2021

10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum
hier: 2. Ausbaustufe
0309/2021
- 10.2 Bedarfsfeststellung für die Landtagswahl 2022
0372/2021
- 10.3 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den Stadtteilen Merkenich und Fühligen
0915/2021
- 10.4 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN
1105/2021

- 10.5 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW
1658/2021
- 10.6 Projekte im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Yarinacocha
1687/2021
- 10.7 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme
3694/2020
- 10.8 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021
- 10.9 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Aachener Str. 744-750 in Köln-Müngersdorf zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1748/2021
- 10.10 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße 47, 50859 in Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1692/2021
- 10.11 Konzept zur Durchführung einer Konferenz mit Kölner Hochschulen, Partnerstädten und Hochschulen aus Partnerstädten
1317/2021

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

13 Mitteilungen der Verwaltung

- 13.1 Bühnen der Stadt Köln - Einlage bei der Greensill Bank AG
1523/2021

14 Schriftliche Anfragen

15 Mündliche Anfragen

16 Anträge

17 Allgemeine Vorlagen

- 17.1 Bedarfsfeststellung zur Dekontamination der mit per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC) kontaminierten Fahrzeuge und Geräte der Feuerwehr Köln 0983/2021
- 17.2 Bedarfsfeststellung zum Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Folienbe-
klebung und -beschriftung von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr und des
Rettungsdienstes der Stadt Köln
1275/2021
- 17.3 Bedarfsfeststellung für den Einkauf von externen Moderationsleistungen
1468/2021
- 17.4 Mietvertragsverlängerung Kindertagesstätte In der Bohnenbitze 76, 51143
Köln
1743/2021
- 17.5 Erweiterung und Mietvertragsverlängerung Kita Geldernstr. 107
1486/2021
- 17.6 Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei
dem Oberverwaltungsgericht NRW, Anhörung Bezirksvertretung Rodenkir-
chen (BV 2)
1692/2019
- 17.7 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Neuausschreibung der Bewachungsleis-
tungen für die Städtischen Museen
0671/2021
- 17.8 Bedarfsfeststellung für die Beschaffung und den Betrieb einer stadtweiten
Dashboard-Lösung
1695/2021
- 17.9 Kölner Bühnensommer 2021 - Bedarfsfeststellung
2040/2021
- 17.10 Bedarfsfeststellung für die Erweiterung des Fuhrparks beim Ordnungsdienst
0937/2021

17.11 Bedarfsfeststellung für die Beschaffung und den Betrieb einer Kanzlei-Software für die digitale Bearbeitung der Rechtsberatungs- und Gerichtsprozessakte
1535/2021

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales 1862/2021

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion betreffend: „Samstags- trauung an Ambiente-Orten“ 1814/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer Anfrage betreffend: "Videoüberwachung am Ebert- platz" 1576/2021

MdR Richter bedankt sich, für die Beantwortung. Er beziehe sich auf die Frage zwei, bei der es sich um die Art der Videoüberwachung handle. Er erkundigt sich, nach den Regeln, wie die Kameras am Ebertplatz im Normalbetrieb laufen, ob es eine Aufzeichnung oder eine Live Beobachtung sei.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betreffend: "Beschaffung Hardware für Schulen und Stadtverwaltung (AN/1226/2021)" 2183/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend: "Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Per- sonen im Jahr 2020" 1974/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.5 Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0997/2021 der SPD-Fraktion "Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu" 1693/2021

MdR Dr. Krupp bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Die Ereignisse der letzten Vorkommnisse habe die Relevanz des Themas, Übergriffe auf Ordnungsdienste aufgezeigt. Er kündigt an, es werde dazu noch Fragen im Rat gestellt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus 0632/2021

MdR Brunner begrüße die Beteiligung der Stadt an der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus ausdrücklich, und sie bedanke sich für den ausführlichen Bericht und die ausführliche Darstellung der aktuellen Maßnahmen. Es seien erfreulich vielfältige Projekte in der Stadt. Sie habe gesehen, dass der Bericht bereits zwei Jahre alt sei und die Anmerkung, die sie fortfolgend ausführen werde, gelte vorbehaltlich zwischenzeitlich eingetretener Änderungen.

Zunächst sei es ein wichtiges Anliegen, darauf hinzuweisen, dass im Handlungsfeld 2 über die dort aufgeführten Studien hinaus weitere Studien zu den Themen Rassismus und Rechtsextremismus in Auftrag zu geben seien, um auch in diesem Bereich eine entsprechende Datenlage zu erhalten.

Im Handlungsfeld 3 möge sie vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse um Jasmina Kuhnke auf die Notwendigkeit hinweisen, dass bei der Stadt Köln Stellen zu schaffen seien, die den Opfern rechtsextremer Bedrohungslagen schnelle und wirksame Hilfen zur Verfügung stellen könnten. Sie erläutere den Fall Jasmina Kuhnke: Jasmina Kuhnke sei eine deutsche Autorin, Aktivistin gegen Rassismus und Kölnerin, die aus der rechten Szene angefeindet und bedroht worden sei, sodass sie mit ihrer Familie habe umziehen müssen, was eine erhebliche psychische und finanzielle Belastung darstelle.

MdR Brunner führt fort: Im Handlungsfeld 5 sei es erforderlich, dass die Stadt Köln noch mehr darauf hinwirke, People of Color auf allen Ebenen in allen Strukturen und in höherer Zahl zu beschäftigen. Hierbei gebe es positive Resonanzen über die Arbeit des kommunalen Integrationszentrums und des Amtes für Integration und Vielfalt, diese könnten als „Best Practice“-Beispiele dienen.

Im Handlungsfeld 6 halte sie die von der Initiative „Chancen plus“ übermittelten Zahlen für ausbaufähig und ausbaubedürftig. Ihr sei bewusst, dass die Trägerschaft beim Jobcenter liege und darüber berichtet worden sei, dass das Projekt bereits zum zweiten Mal bis Ende 2021 verlängert wurde. Dies begrüße sie. Sie habe aber auch erfahren, dass es in den letzten zwei Jahren wohl weniger Nachfragen seitens der Initiative gegenüber der Stadt gegeben habe. Eine Erklärung hierfür könne nur gemutmaßt werden, sodass sie anrege, mit der Initiative in einen entsprechenden Austausch darüber zu gehen gegebenenfalls mit dem Ziel, die Zusammenarbeit auch wieder zu erhöhen.

Sie bedauere, dass im Handlungsfeld 7 keine weiteren Planungen erfolgt seien, da es sich bei dem vielen eigenen Wohnraum um ein enormes Integrationshindernis handle. Dabei sei insbesondere zu beachten, dass das Auszugsmanagement vornehmlich Wohnungen an Familien und allein reisende Frauen vermittle, jedoch nicht an ledige männliche Geflüchtete, die aber auch besonders unter Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt leiden. Sie wünsche sich, dass dieses stärker in den Blick genommen werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud 1126/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.1 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 7. April 2021 1314/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2.2 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 19. Mai 2021 1799/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Digitale Konferenz Interkulturelles Köln - Dokumentation der Veranstaltung vom 22.1.2021 1586/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Transparenzbericht 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und Innovationsplattform innovative-stadt.koeln 1329/2021

4.5 Mitteilung des Personal- und Verwaltungsmanagements zu den Themen Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen 0691/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Beantwortung der mündlichen Anfrage betreffend "Personalmarketing- und Personalgewinnungsmaßnahmen" 1917/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Umsetzung des Projekts "Optimierung der städtischen Fördermittelvergabe" 1663/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.7 Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln 1723/2021

Frau Brunner bedankt sich für das Wort und führt aus, es werde in unserem Land und damit auch in unserer Stadt heute wieder offen rassistische Positionen artikuliert und als politische Gestaltungsmöglichkeiten diskutiert. Die deutsche Kolonialgeschichte stehe für eine entsprechende Ideologie der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und damit für Rassismus und Diskriminierung. Daher begrüße sie die Initiative der Stadt, das eigene koloniale Erbe konsequent aufarbeiten zu wollen. Aus ihrer Sicht sei der gewählte Ansatz, dies umfassend zu tun und nicht nur in einzelnen Ausprägungen, das Richtige und damit sehr erfreulich. Sie wolle vor diesem Hintergrund gerne betonen, dass darauf geachtet werden solle, die Bezirksvertretungen als die Gremien, in deren Zuständigkeit dann die meisten Einzelmaßnahmen fallen dürften, frühzeitig und umfassend miteinzubeziehen. Den geplanten Einsatz eines Gremiums aus Expert*innen unterschiedlicher Communities wie der Diaspora und der Zivilgesellschaft begrüße sie sehr. Diesbezüglich erkundigt sie sich, wie genau dieses Gremium besetzt werden solle beziehungsweise wie über die Besetzung für das Gremium entschieden werden solle. Sie erkundigt sich, ob es Beteiligungsmöglichkeiten gebe und an welchem Punkt die Beratungsfunktion des Gremiums ansetzen solle. In Bezug auf die Beratungsfunktion erkundigt sie sich anhand eines Beispiels aus der gegenwärtigen Sitzung. Frau Brunner nennt das Beispiel der Vorlage zur Umbenennung der Straßennamen. Sie führt fort, ob das geplante Gremium beispielsweise schon bei der Umgestaltung der Richtlinie zur Benennung der Straßen ansetze oder erst bei einer Beratung im konkreten Umbenennungsprozess einzelner Straßennamen.

Der Vorsitzende verweist auf die Beantwortung zur nächsten Sitzung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU betreffend "Wettbüros und Spielhallen" AN/1327/2021

MdR Görzel gibt den Hinweis, dass im letzten Wirtschaftsausschuss eine fast gleichlautende Anfrage vorhanden sei. Er möge anregen, es könne das Ergebnis auch hier eingespeist werden.

Der Vorsitzende begrüße den Hinweis die Ergebnisse auszutauschen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.2 Anfrage der SPD betreffend "Sitzen statt parken: Höhenangleichung zur Herstellung der Barrierefreiheit" AN/1341/2021

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Anfrage ernst zu nehmen. Für Menschen, welche auf Barrierefreiheit angewiesen seien, stelle es ein Problem dar, wenn zwar einerseits die Außengastronomie auf den Stellplätzen ermöglicht werde, allerdings andererseits ein dort vorhandener Bordstein sie daran hindere, die Plätze dort einnehmen zu können. Daher bitte er darum, die Anfrage wohlwollend zu prüfen.

Er halte es für einen wichtigen Punkt für die Qualität der Gastronomie in der Stadt. Er schlägt vor, dass die Stadtverwaltung dies ermögliche und die Anfrage zum Anlass nehme, hierauf näher einzugehen. Es sei ihm von der IG Kölner Gastro e.V. zugetragen worden, dass dies teilweise unterbunden werde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

Der Vorsitzende erkundigt sich zu der Situation am Aachener Weiher; er verkündet seine Betroffenheit zu den angegriffenen und verletzten städtischen Mitarbeitenden und Polizisten*innen, die körperliche Blessuren davon tragen haben müssen. Er interessiert sich dafür, wie der Selbstschutz der städtischen Mitarbeitenden ausgestaltet sei. Aufgrund der Sorgfaltspflicht für die Mitarbeitenden der Stadt Köln möge er Informationen dazu bekommen, welche weitere Belastungen, in Zeiten der anhaltenden Pandemie, aufkommen können und was die Stadt plane, um die Belastungen zu minimieren.

Frau Stadtkämmerin Prof Dr. Diemert führt aus, dass die Vorkommnisse am Aachener Weiher die Fragen des Selbstschutzes und der Verantwortung für die Mitarbeitenden nicht nur im Polizeidienst, sondern auch im Ordnungsdienst in aller Deutlichkeit nochmal vor Augen geführt habe. Daher weise sie an dieser Stelle darauf hin, dass der Selbstschutz der Mitarbeiter sehr genau im Blick sei. Das gelte im besonderen Maße für den Ordnungsdienst, aber nicht nur für den Ordnungsdienst. Zur Erinnerung weist sie auf einen tragischen Vorfall im Vollstreckungsdienst hin, bei dem einer der Kollegen durch einen Messerstich zu Tode gekommen ist. Seitdem sei das Thema bei der Stadt ganz oben auf der Agenda. Deswegen könne eine Beantwortung zu diesem Anliegen zugesagt werden. Sie gebe die Bitte, über die Belastungssituation des Ordnungsdienstes, ganz besonders in Corona Zeiten, zu informieren, an den Krisenstab und die zuständige Dezernentin Frau Blome weiter.

Der Vorsitzende bedankt sich und erkundigt sich nach weiteren mündlichen Anfragen.

MdR Büschges erkundigt sich, welche Maßnahmen die Stadt mit den Ordnungsämtern oder anderen städtischen Institutionen geplant habe, um die Zustände am Kölnberg zu verbessern. Eine zweite Frage sei, vor dem Hintergrund, dass die Pandemie im Laufe dieses Jahres besiegt sei, ab wann das Maskengebot an den dafür ausgewiesenen Straßen wieder aufgehoben werden solle.

7.1 Mündliche Anfrage des Vorsitzenden betreffend "Sicherheitsvorkehrungen beim Ordnungsamt aufgrund der aktuellen pandemischen Lage"

Der Vorsitzende erkundigt sich zu der Situation am Aachener Weiher; er verkündet seine Betroffenheit zu den angegriffenen und verletzten städtischen Mitarbeitenden und Polizisten*innen, die körperliche Blessuren davon tragen haben müssen. Er inte-

ressiere sich dafür, wie der Selbstschutz der städtischen Mitarbeitenden ausgestaltet sei. Aufgrund der Sorgfaltspflicht für die Mitarbeitenden der Stadt Köln möge er Informationen dazu bekommen, welche weitere Belastungen, in Zeiten der anhaltenden Pandemie, aufkommen können und was die Stadt plane, um die Belastungen zu minimieren.

Frau Stadtkämmerin Prof Dr. Diemert führt aus, dass die Vorkommnisse am Aachener Weiher die Fragen des Selbstschutzes und der Verantwortung für die Mitarbeitenden nicht nur im Polizeidienst, sondern auch im Ordnungsdienst in aller Deutlichkeit nochmal vor Augen geführt habe. Daher weise sie an dieser Stelle darauf hin, dass der Selbstschutz der Mitarbeiter sehr genau im Blick sei. Das gelte im besonderen Maße für den Ordnungsdienst, aber nicht nur für den Ordnungsdienst. Zur Erinnerung weist sie auf einen tragischen Vorfall im Vollstreckungsdienst hin, bei dem einer der Kollegen durch einen Messerstich zu Tode gekommen ist. Nicht erst seitdem sei das Thema bei der Stadt ganz oben auf der Agenda. Eine Beantwortung zu diesem Anliegen werde gerne zugesagt. Sie gebe die Bitte, über die Belastungssituation des Ordnungsdienstes, ganz besonders in Corona Zeiten, zu informieren, an die zuständige Dezernentin Frau Blome weiter.

7.2 Mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "aktuelle Situation am Kölnberg"

MdR Büschges erkundigt sich, welche Maßnahmen die Stadt mit den Ordnungsämtern oder anderen städtischen Institutionen geplant habe, um die Zustände am Kölnberg zu verbessern.

7.3 Mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Maskengebot an den ausgewiesenen Straßen"

7.4 Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan"

Mündliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betreffend "Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan"

- 1) Inwieweit wurde die Planung im Handlungsfeld 2 bereits umgesetzt und welche Personengruppe genau ist Ziel des in der Planung beschriebenen Integrationsprozesses?
- 2) Warum enthalten die Handlungsfelder 4, 7, 8 und 10 überhaupt keine Planungen bzw. welche Planungen gibt es ggf. mittlerweile in diesen Handlungsfeldern?
- 3) Wie häufig kam es bislang zu Hinweisen an die im Handlungsfeld 3 benannte Disziplinarstelle der Stadt bezüglich rassistischen Verhaltens von Mitarbeiter*innen? Gab es disziplinarrechtliche Maßnahmen und wenn ja, welche? Wie wird diese Stelle den Betroffenen bekannt gemacht?
- 4) Inwieweit ist eine Verstetigung der in Handlungsfeld 9 angesprochenen Förderung des Projektes zur diversitätsorientierten Arbeit in der Stadtbibliothek und dem Rautenstrauch-Joest-Museum geplant?

8 Anträge

8.1 Antrag der Fraktion Die Linke betreffend "Meldestelle für Coronaverstöße an Arbeitsstellen und Betrieben" AN/1088/2021

MdR Tokyürek führt aus, es gehe um den Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, so dass die Möglichkeit bestehe sollte, Corona Verstöße seitens der Arbeitgeber zu melden, um diese ahnden zu können. Aufgrund der derzeitigen Inzidenzwerte könne der Antrag etwas spät gestellt worden seien. Sie hoffe, dass die Corona Pandemie ein Ende finde, es sei aber im Vorgriff auf schlechtere Zahlen wichtig, dass die Menschen die Möglichkeit hätten, Verstöße zu ahnden. Dabei gehe es ausschließlich um den Gesundheitsschutz und dass sich eine Meldung für den*die Arbeitnehmer*in nicht nachteilig auswirken dürfe.

MdR Richter merkt an, dass diese Vorlage am Ziel vorbei gehe. Viele Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen sowie Personalräte und Betriebsräte würden seit Monaten daran arbeiten, Konzepte vielfältigster Art zu entwickeln. Bei manchen Betrieben müsse der Arbeitnehmer Begründungen schreiben, um ins Büro zu kommen. Dies sei aufgrund der Pandemie richtig. Zudem müsse eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden, um sich auf Beschwerden einrichten zu können. Dies sei für den Ordnungsdienst eine Überlastung, zudem fehle es hier an mangelnder Ausbildung, wodurch der Ordnungsdienst nicht der richtige Ansprechpartner sei. Wenn es in Einzelfällen Punkte geben solle, gebe es genug Ansprechpartner. Es solle eher in die Richtung gehen, dass die Betriebe voneinander lernen könnten, wie unter Pandemie-Bedingungen gut zusammengearbeitet werden könne. Arbeitgeber an den Pranger zu stellen, sei der falsche Weg. Daher sei der Antrag abzulehnen.

MdR Krupp führt aus, dass grundsätzlich eine Skepsis demgegenüber bestehe, Möglichkeiten des anonymen Anschwärzens zu schaffen. Er weise darauf hin, dass es Situationen gebe, in denen ein Machtgefälle vorherrsche. Für die prekären Fälle, in denen ein Machtgefälle herrsche und wenig Rücksicht genommen werde, könne ein Ansprechpartner bei den Behörden geschaffen werden. Unter der Bedingung, dass diese Stelle als Beratungsstelle für die Arbeitnehmer*innen zur Verfügung stehe, die nicht selbst vorankämen, werde dem Antrag zugestimmt.

MdR Spehl führt aus, das Problem sei, das der Antrag keinerlei Substanz aufweise. Das Problem, welches hervorgerufen werde, sei längst schon lösbar. Der Ordnungsdienst sei über die allgemeine Gefahrenabwehr als Behörde erreichbar, um Meldungen vorzunehmen. Es wäre also letztendlich eine Doppelbelastung für die Ordnungsdienste. Zudem sei es fragwürdig, dass nur die Arbeitgeberseite betrachtet werde. Es sei nicht das Ziel, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen. Es solle gemeinsam versucht werden, das Ziel zu erreichen, pandemiekonform zu arbeiten. Aus diesen Gründen werde die CDU-Fraktion diesen Antrag ablehnen.

MdR Görzel bedankt sich bei den Antragstellern der Fraktion Die Linke und führt weiter aus, er halte den Antrag für überflüssig, denn mit Blick auf den Paragraphen 5 Absatz 2 der Corona Arbeitsschutzverordnung sei nachzulesen, dass auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales solche Meldungen bereits gemacht werden könnten. Es gebe eine Liste der Arbeitsschutzbehörden, die genau für diesen Zweck zuständig seien. Dem Ziel des Antrages sei somit schon genüge geleistet. Eine zusätzliche Stelle bei der Stadt Köln wäre sicherlich Bürokratieaufbau und würde keinen Mehrwert bringen. Zudem sei ihm, welcher viele Arbeitnehmer*innen vertrete, seit über einem Jahr kein Fall bekannt, in welchem sich ein*e Arbeitnehmer*in ungerecht

behandelt gefühlt habe. Er sehe keine Notwendigkeit für diesen Antrag, und daher wäre dieser Antrag abzulehnen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Das Ordnungsamt richtet eine/n Ansprechpartner*in für Meldungen von Coronaverstößen in Betrieben und an Arbeitsstellen ein und veröffentlicht diese Information gut sichtbar auf der städt. Internetseite. Die Information über dieses Angebot soll auf geeignete Weise zugänglich gemacht werden.

Es soll auch die Möglichkeit bestehen, anonyme Hinweise abzugeben, insbesondere, wenn ein*e Arbeitgeber*in Druck auf Arbeitnehmer*innen ausübt, gegen Coronaregeln zu verstoßen, z. B. um sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.

Dabei ist eine gesetzlich konforme Arbeitsteilung des Ordnungsamtes, das für Verstöße gegen Coronaschutzermasse zuständig ist, mit der Bezirksregierung, die für die Einhaltung des Arbeitsschutzes zuständig ist, einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke abgelehnt.

8.2 Antrag der Fraktionen 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Erhöhung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung" AN/1371/2021

MdR Bauer-Dahm führt aus, es gehe vor allem darum, die personellen Voraussetzungen zu schaffen, um die Ausbildungsquote von Jugendlichen und jungen Menschen mit Behinderung dauerhaft zu erhöhen. Im Moment seien nur ungefähr 2,5 Prozent der Auszubildenden Menschen mit einer Schwerbehinderung oder einer Gleichstellung. Das hieße: 2019 habe es 6 von 257 Auszubildenden gegeben, die faktisch eine Schwerbehinderung oder Gleichstellung hätten. Dies erschiene MdR Bauer-Dahm sehr wenig. Eine Stadt wie Köln habe viel mehr Möglichkeiten, solchen Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Behinderung die Chance auf eine Ausbildung zu geben. Man bräuchte dafür mehr kreative Angebote. Es könne beispielsweise in den Schulmensen ein Beikoch ausgebildet werden. Es gebe sicherlich noch weitere Möglichkeiten, beispielsweise im Grünflächenamt. Hier könne für weitere Ausbildungsplätze gesorgt werden, neben denjenigen Kolleg*innen, die bereits eine Ausbildung im gehobenen Dienst machen, die gerne gesehen seien. Für viele Menschen mit Behinderung sei der öffentliche Dienst ein wichtiger Ausbildungsmarkt, da sich private Arbeitgeber oft schwer täten, entweder weil es kleinere Betriebe seien oder weil die Arbeitgeber es für zu schwierig halten könnten, eine Einstellung praktisch umzusetzen. Viele würden dann lieber diese Ausgleichszahlung an den LVR zahlen, und aus diesen Gründen habe die Stadt Köln eine Vorbildfunktion. Die Stadt Köln solle mehr Menschen mit Behinderung ausbilden als die bisherigen 2-3 Prozent, die derzeit ungefähr aus der Statistik hervorgingen. Die Inklusion in der Gesellschaft sei das oberste Ziel entsprechend des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen –Behindertenrechtskonvention. Die Menschen seien am besten durch eine Ausbildung in eine Gesellschaft zu integrieren.

MdR Spehl führt aus, der Antrag führe einen klaren Schwerpunkt darauf, den Menschen mit Behinderung den Arbeitgeber Köln eröffnen zu wollen. Die Stadt habe so die Möglichkeit, sich breiter aufzustellen. Es sei traurig, dass in unserer Gesellschaft das Beschäftigungsverhältnis bei Menschen mit Behinderung nicht der Regelfall sei und Menschen mit Behinderung oftmals als Arbeitnehmer 2. Klasse behandelt werden würden. Es sei ein Versprechen der CDU-Fraktion aber auch mit den anderen antragstellenden Fraktionen, die Rahmenvoraussetzungen zu schaffen, die Stadt in diesem Punkt breiter aufzustellen. Der Einstieg sei hier die Ausbildung, und am sinnvollsten sei es, dass hier in der Stadt angesetzt werde. Ein weiterer Punkt sei, die digitale Ausgestaltung auszuarbeiten. Damit werde nicht nur der Arbeitgeberseite ein Gefallen getan, sondern es werde auch das Ziel erreicht, dass alle die gleiche Teilhabe hätten.

MdR Dr. Krupp zweifle die Formalität der Dringlichkeit in diesem Fall an. Er habe sich gewünscht, dass auf die einzelnen Punkte präziser und umfassender eingegangen werde. Es sei zudem sinnvoll gewesen, die anderen Fraktionen in den Antrag miteinzubeziehen, um so ein wichtiges Thema noch breiter aufstellen zu können. Fakt sei, dass diesem Antrag zuzustimmen sei. In der Sache sei es richtig, für Menschen mit Behinderungen mehr Optionen bei der Stadtverwaltung in der Ausbildung zu schaffen.

Herr Adolf führt aus, dass die Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik diesen Antrag sehr begrüße. Es sei schön, dass die Problematik endlich Anklang gefunden habe, da die niedrigen Zahlen schon länger in der Statistik gesehen worden seien. Es müsse zudem bedacht werden, dass bei einem Qualifikationsvergleich der Behinderte bevorzugt werden solle. Bei dem Behinderten müsse der Fokus darauf gelegt werden, dass das Erlangen dieses Abschlusses eine enorme Leistung erfordere und dieser Abschluss in vielen Fällen in einer ziemlich gebündelten Zeit abgeschlossen werden müsse. Wenn die Leistung des Behinderten nicht ganz der des Konkurrenten entspreche, solle der Fokus auf die Person gelenkt werden, die mit der Behinderung den Abschluss erfolgreich abgeschlossen habe.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert bedankt sich für die Unterstützung, die sich durch die Diskussion abzeichne. Sie führt weiter aus, dass die Stadt Köln eine deutlich überdurchschnittliche Beschäftigungsquote in dem Bereich der Schwerbehindertenbeschäftigung aufweise, und dass es der Verwaltung ein Anliegen sei, bei diesem Thema auch nicht nachzulassen. Bundesweit habe es eine rückläufige Quote gegeben: von 4,7 auf 4,6 Prozent. In der Stadt Köln sei für das Jahr 2019 8,6 Prozent ausgewiesen worden, damit liege die Stadt Köln nicht nur deutlich über der gesetzlichen Mindestquote, sondern entwickle sich hier auch deutlich gegen den Trend. Sie betont, dass hinter diesen Zahlen viel Arbeit des Personal und Verwaltungsmanagements stünde. Sie begrüße die Stoßrichtung sehr, die Verwaltung sei an dieser Stelle personell gut aufgestellt, um dieser Aufgabe zu begegnen. Zu prüfen, was noch mehr getan werden könne, werde als Rückenwind betrachtet für die gute Arbeit, die bisher schon geleistet worden sei.

Beschluss:

1. Es werden die erforderlichen personellen Voraussetzungen zur Erfüllung der folgenden Aufgaben geprüft und dann der Politik zum Beschluss vorgelegt:
 - a) Attraktivierung der Arbeitgebermarke Köln im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte aus dem benannten Personenkreis (zum dualen Studium und ohne akademischen Bildungshintergrund)

- b) Koordinierung, Steuerung und Umsetzung der Ausbildungsquote von Menschen mit Behinderung
 - c) Erforderliche und ggf. über das Normalmaß hinaus- und weitergehende Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung im Rahmen der Ausbildung (z.B. notwendige Assistenzen, ergänzender Unterricht etc.)
2. Weiterhin soll während der Ausbildung grundsätzlich ein stärkerer Fokus auf den Erwerb von digitalen Kompetenzen gelegt werden.
 3. Die bereits in der Vergangenheit durchgeführten Praktikumsprogramme in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter (spez. ALGII-Empfänger*innen, U25) werden speziell für diesen Personenkreis wiederbelebt und ausgebaut.
 4. Die Ausbildung zur/zum Fachpraktiker*in für Bürokommunikation soll mehr beworben und weitere ähnlich kreative Angebote für Menschen mit Behinderung, in Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter, geschaffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021 1605/2021

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert gibt aus der Fachabteilung folgenden Hinweis: Die Befassung der Bezirksvertretung 1 (Innenstadt), die am 10.06.2021 hätte stattfinden sollen, aber aus organisatorischen Gründen nicht geklappt habe, solle bei der Beratung mitgenommen werden. Es werde begrüßt, wenn der heutige Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vorbehaltlich des Votum Bezirksvertretung 1 (Innenstadt), beschließen könne und es somit nicht erneut in den Beratungslauf schiebe, weil sich die Angelegenheit bereits im zweiten Halbjahr befände und daher etwas pressiere.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021

1. den zentralen Innenstadtplatz Roncalliplatz für die Durchführung des Weltkindertages vom 12.09. – 19.09.2021
(incl. Auf- und Abbauzeiten 11.09. – 20.09.2021)

dem Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum
hier: 2. Ausbaustufe
0309/2021**

1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion):

Die Verwaltung wird gebeten, ein Informations-/Fachgespräch mit der RheinEnergie und den Vertreter*innen der politischen Gremien durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

2. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen /Vergabe/ Internationales empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung die notwendigen Schritte zur Umsetzung einer 2. Ausbaustufe zur Erweiterung der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum in die Wege zu leiten. Diese 2. Ausbaustufe soll ein Volumen von insgesamt 1.000 Ladepunkten (das entspricht 500 Ladesäulen) haben, die in den Jahren 2022 bis 2024 zu errichten sind. Hierzu soll wiederum eine Direktvergabe an die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) auf Basis des bestehenden Vertrags erfolgen, die neben der Planung und Errichtung der Ladepunkte (einschließlich der erforderlichen verkehrstechnischen Anpassungsarbeiten im Straßenraum) auch deren Betrieb und deren Vermarktung umfasst. Zur eigentlichen Beauftragung wird dem Rat, nach den notwendigen Verhandlungen mit der SWK, eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt. Diese Beschlussvorlage wird auch die Kostenauswirkungen für die Stadt, die erst nach dem vorliegenden Grundsatzbeschluss ermittelt werden können, umfassen.
2. Die Einrichtung von Lademöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum erfolgt anhand der im verabschiedeten Standortkonzept festgelegten Kriterien (vgl. Beschluss zur Vorlagen-Nr. 3677/2018), insbesondere auch unter Berücksichtigung von Verkehrssicherheitsaspekten und der konfliktfreien Gestaltung mit dem Rad- und Fußverkehr. Auf dieser Basis soll in der 2. Ausbaustufe zudem für die Stadtgesellschaft, die Wirtschaft und die Politik die Möglichkeit bestehen, Vorschläge für Ladestationsstandorte zu machen. Diese Vorschläge werden innerhalb des Planungsprozesses auf Umsetzbarkeit geprüft. Die endgültige Entscheidung über die Umsetzung treffen die jeweils zuständigen Bezirksvertretungen, für die die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der SWK entsprechende Vorlagen vorbereiten wird.
3. Die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Ladesäulenanzahl auf die einzelnen Stadtbezirke erfolgt grundsätzlich anhand der jeweiligen Anteile der Einwohner*innen an der Kölner Gesamtbevölkerung. Die Beschlussfassung über die Verteilung der den Bezirken zugewiesenen Standorte auf die einzelnen Stadtteile obliegt den Bezirksvertretungen.

4. Da gerade im Innenstadtbereich kaum noch Flächen für die Errichtung von Ladestationen im öffentlichen Straßenraum zur Verfügung stehen, beauftragt der Rat die Verwaltung mit externer Hilfe Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die die Einrichtung von Lademöglichkeiten in den innerstädtischen Parkhäusern unterstützt. Zudem soll systematisch untersucht werden, ob Ladeeinrichtungen an den künftigen Mobilstationsstandorten, den Park-and-Ride-Anlagen sowie auf städtischen Grundstücken mit öffentlicher Nutzung außerhalb des Straßenlands eingerichtet werden können.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, parallel zur Umsetzung der nächsten Ladestationsbaustufe die Erstellung eines Konzepts vorzubereiten, in dem untersucht wird, wie die Ladeinfrastruktur, für die sich die Stadt verantwortlich zeichnet oder auf die sie Einfluss nehmen kann, mittel- bis langfristig, also nach der Umsetzung der in den Punkten 1. bis 4 beschriebenen Ausbaustufe, nachfragegerecht weiterentwickelt werden sollte. Hierbei sind u. a. eine Gesamtanalyse des aktuellen und künftigen Ladeinfrastrukturbedarfs vorzunehmen sowie Möglichkeiten aufzuzeigen, in welcher Form die im öffentlichen Raum benötigte Ladeinfrastruktur künftig errichtet werden kann. Zudem müssen die Wettbewerbssituation zwischen verschiedenen Ladestrom- und Infrastrukturanbietern betrachtet und die rechtlichen Rahmenbedingungen der Ladeinfrastruktureinrichtung und des -betriebs im öffentlichen Raum auf Handlungsspielräume hin überprüft werden, um die für Köln optimalen Entwicklungsbedingungen identifizieren zu können. Die Verwaltung wird versuchen, für die Vergabe der Studie Fördermittel einzuwerben. Die konkrete Beauftragung zur Ausschreibung der Konzepterstellung wird in Abhängigkeit einer solchen Förderung und der dann abschätzbaren Kosten den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

*Die Verwaltung wird gebeten, ein Informations-/Fachgespräch mit der RheinEnergie und den Vertreter*innen der politischen Gremien durchzuführen.*

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Bedarfsfeststellung für die Landtagswahl 2022
0372/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Gesamtbedarf zur Durchführung der Landtagswahl 2022 in Höhe von 5.867.700 EUR an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Anregung der Bezirksvertretung Chorweiler zur Grenzänderung bei den
Stadtteilen Merkenich und Fühligen
0915/2021**

MdR Krupp bittet darum die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit WLAN
1105/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf für die Ausstattung der Unterkünfte für Geflüchtete mit Breitbanddienst und WLAN in Höhe von 1.666.481 Euro Brutto an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.5 Anpassung der Kölner Wohnraumschutzsatzung an das Wohnraumstärkungsgesetz NRW
1658/2021**

MdR Spehl bittet darum die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.6 Projekte im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Yarinacocha
1687/2021**

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

MdR Marx bittet darum die Vorlage zurückzustellen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.7 Beschäftigung Langzeitarbeitsloser über § 16i SGB II – Erweiterung der Maßnahme
3694/2020**

Beschluss

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Verwaltung die Maßnahme zur Unterstützung Langzeitarbeitsloser in folgendem Umfang umsetzen kann:

- a) Begleitung der Vollkräfte durch die Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) für die Unterstützung der Bürgerämter und der Feuerweherschule (Zeitraum: 01.03.2021-28.02.2023) mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: 363.198,13 Euro
- b) Verlängerung von bis zu 18 Arbeitsverträgen nach §16i SGB II Corona bedingt auf fünf Jahre; mittelfristiger Eigenanteil bzw. mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: 998.721,67 Euro
- c) Verlängerung der bisherigen 60 Stellen um ein Jahr bis zum 31.12.2025, mittelfristiges Mittelvolumen insgesamt: max. 255.764,49 Euro

Alternativ:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Umsetzung der Maßnahmen nicht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019 1094/2021

Die Mitteilung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

MdR Richter bittet die Vorlage zurückzustellen.

Beschluss:

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.9 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Aachener Str. 744-750 in Köln-Müngersdorf zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen 1748/2021

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Verwaltung, für die deutlichen Fortschritte in der Kölner Schulversorgung.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung eines neuen Gymnasiums am Standort Aachener Straße 744-750, 50933 Köln-Müngersdorf

zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2022 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangswise auf.

2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das Gymnasium in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagschule geführt wird.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb des Gymnasiums Aachener Straße 744-750 ab dem Schuljahr 2022/23 bereitzustellen.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.
5. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Alternative:

Keine (siehe Begründung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Zusestraße 47, 50859 in Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
1692/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die schulrechtliche Errichtung eines städtischen Gymnasiums mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II mit 3-fach Turnhalle am Standort Zusestraße 47, 50859 Köln-Lövenich zum Schuljahr 2022/23 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen. Die Schule startet am 01.08.2022 mit der Jahrgangsstufe 5 und baut jahrgangswise auf.

Es handelt sich hierbei ausschließlich um den Beschluss zur schulrechtlichen Errichtung. Die Thematik Schulhausmeister, -sekretariat, -sozialarbeiter sowie die Einrichtung der Schule in gesonderter Form durch die zuständigen Gremien werden nachgelagert beschlossen.

2. Der Rat der Stadt Köln passt seinen Beschluss vom 18.05.2017 (1123/2017) dahingehend an, als dass das zum Schuljahr 2017/18 in der Neuen Sandkaul in Widdersdorf gestartete Gymnasium nicht in das Schulgebäude Zusestraße umzieht, sondern dauerhaft am Standort in Widdersdorf verbleibt. Der Beschluss vom 18.05.2017 ist damit als schulrechtliche Errichtung des Gymnasiums Neue Sandkaul in Widdersdorf auszulegen. Da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Mai 2017 noch nicht absehbar war, ob und wie lange das Gymnasium in der Neuen Sandkaul verbleiben kann, was aber nunmehr gesichert ist, hatte der Rat den Standort in Widdersdorf auf Vorschlag der Verwaltung zunächst als Interim betrachtet und einen Umzug nach Lövenich vorgesehen.

3. Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass das Gymnasium in Verbindung mit § 9 Abs. 1 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen als gebundene Ganztagschule geführt wird.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die schulrechtliche Errichtung, Inbetriebnahme und den Schulbetrieb des Gymnasiums Zusestraße zum Schuljahr 2022/23 bereitzustellen.

5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Schule zu stellen.

6. Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Alternative:

Keine (siehe Begründung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 Konzept zur Durchführung einer Konferenz mit Kölner Hochschulen, Partnerstädten und Hochschulen aus Partnerstädten
1317/2021**

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Gez. Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

Gez. Anja Siemon
(Schriftführerin)